

12.39

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Justizminister! Lösungen habe ich von den Oppositionsparteien nicht gehört, sondern nur Kritik an dem, was die Kollegen Steinacker und Jarolim in ihrem Antrag vorschlagen. Ich bedanke mich bei den beiden dafür, dass es uns damit gelingt, ganz rasch auf die äußerst unangenehme Ausweitung der Drogenszene zu reagieren.

Wie gesagt, seit etwa einem halben oder Dreivierteljahr ist die Drogenszene massiv in Bewegung geraten, und es hat eine enorme Belästigung im öffentlichen Raum gegeben. Dealen auf offener Straße hat dermaßen dramatisch zugenommen, dass sich die Politiker vor Ort, die Bezirksvorsteher, aber auch die Bürgerinnen und Bürger und die Geschäftsleute gemeldet und gesagt haben, dass man da etwas tun muss.

Junkies und Dealer mit der dazugehörigen Begleitkriminalität verunsichern die Bevölkerung, und in den betroffenen Gebieten ist das auch exorbitant geschäftsschädigend. Ganze Viertel kommen dadurch herunter, und da müssen wir gegensteuern. Es ist ein erhebliches Sicherheitsrisiko und erweist sich als öffentliches Ärgernis.

Das heißt, wir erlassen hier nicht nur ein Gesetz **gegen** die Dealer und Junkies, sondern wir erlassen ein Gesetz **für** die Bevölkerung vor Ort, weil wir mit einer neuen Qualifikation das Dealen im öffentlichen Raum unter strengere Strafe stellen. *(Beifall bei der ÖVP sowie des Abg. Franz.)*

Derzeit hat die Polizei relativ wenige Möglichkeiten, diesem Drogendealen im öffentlichen Raum Herr zu werden. Die Gründe wurden schon erwähnt: Die Junkies und Dealer berufen sich auf die kleine Menge, auf den Eigenbedarf, und seit wir die strafrechtlich relevante Gewerbsmäßigkeit verändert haben, ist bedauerlicherweise im Suchtmittelbereich eine Art – unter Anführungszeichen – „Liberalisierung“ eingetreten, die wir so mit Sicherheit nicht haben wollen. Die Drogenliberalisierung – ob de jure, de facto, lasse ich einmal dahingestellt – ist ein Irrweg, den wir mit dem Suchtmittelgesetz sofort korrigieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dazu kommt, dass mit den offenen Grenzen und den fehlenden Grenzkontrollen, die wir hatten, natürlich auch Kriminelle zu uns gekommen sind und sich die Szene dadurch insgesamt ausgeweitet hat. Wir reagieren darauf mit einer Strafverschärfung und einer besonderen Qualifikation: Das Dealen im öffentlichen Raum wird schärfer bestraft. Das wiederum erlaubt der Polizei, bei Vorliegen von Haftgründen Untersuchungshaft zu verhängen beziehungsweise Festnahmen tätigen zu können.

Wir wollen keine Drogendealer im öffentlichen Raum haben. (*Abg. **Stefan**: Auch sonst nicht!*) Sie sollen wissen, dass wir dagegen scharf vorgehen werden. Es ist zwar richtig, dass die Mobilität der Personen beim Dealen groß ist, aber sie orientieren sich auch daran, wo es leicht und ohne Probleme möglich ist, und sie vermeiden jene Bereiche, in denen die Polizei genauer hinschaut und eine Handhabe hat. Wir geben der Polizei heute diese Handhabe, um einzuschreiten. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ sowie des Abg. **Franz**.*)

12.43

Präsident Karlheinz Kopf: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hagen. – Bitte.